



Christdemokrat Blüm
„Vollendung der Bismarck-Reform“

die Unionschristen Blüm im Stich, schmeißt der sein Amt hin; das ist sicher, auch wenn nie darüber gesprochen wurde. Und genau das kann sich der Kanzler im Vorwahljahr nicht mehr leisten.

„Wir sind bei der Pflege so nah am Ziel wie nie“, macht sich Gesundheitsminister Seehofer Mut.

Die Christdemokraten, allen voran Norbert Blüm, werden für die „Vollendung der Bismarckschen Sozialreform“ (Blüm) allerdings statt Lob Prügel beziehen. Die Lohnfortzahlung für Kranke haben die Gewerkschaften 1957 in einem erbitterten Streik erkämpft. Gemeinsam mit ihren Freunden von der SPD werden sie sich die Chance nicht entgehen lassen, Blüm und Kohl als die Männer vorzuführen, die den Sozialstaat mit der Abrißbirne umbauen.

Die zu erwartende Auseinandersetzung hat den Hauch des Absurden. Denn die Einführung von zwei Karenztage wird zwar ihren Weg in einen Gesetzentwurf der Regierung finden. Das Pflegegesetz aber, das Monate später Bundestag und Bundesrat passiert, wird die Lohnfortzahlung nicht anrühren. Das wissen Blüm, Seehofer und Schäuble; das fürchten Lambsdorff, Solms und Rexrodt.

Der Pflegestreit zeigt wie schon die Gesundheitsreform, daß entscheidende Sozialgesetze wegen der SPD-Mehrheit in der Länderkammer nur noch mit Zustimmung der Sozialdemokraten durchzuziehen sind. Das schafft neue Verhältnisse in der rechtsliberalen Koalition, der Einfluß der FDP schwindet. Die Zeiten, wo der „Schwanz mit dem Hund wackelte“ (Franz Josef Strauß), sind zum Verdruß der Liberalen vorbei.

Die Fäden zu den sozialdemokratischen Landesfürsten sind gesponnen. Obwohl die Karenztage rein formal nicht zustimmungsbedürftig wären, vom Bundesrat also nicht aufgehoben werden können, wagt die Unionsspitze es nicht, die Reform in offenem Gegensatz zu den Ländern zu erzwingen.

Immer wieder klagte Lambsdorff in Koalitionsgesprächen, noch so schöne Beschlüsse über eine Kompensation für die Arbeitgeber würden im Bundesrat von der SPD halbiert. Darauf könne die FDP sich nicht einlassen.

Der Graf hat recht und liegt dennoch schief. Die SPD-Regenten sind, wie er weiß, ideologisch festgelegt. An das Geld der Kranken wollen sie auf keinen Fall heran. Doch intern haben sie dem Arbeitsminister mitgeteilt: Wenn man sich über den Inhalt der Pflegeversicherung, über den Personenkreis der Versicherten, die Höhe der Leistungen und die sozialpolitischen Eckwerte einigen könne, werde die Reform nicht am Problem einer Entlastung für die Arbeitgeber scheitern.

Der nordrhein-westfälische SPD-Arbeitsminister Franz Müntefering wagte sich in der vergangenen Woche vorsichtig an die Öffentlichkeit. „An der immer wieder vorgeschobenen Finanzierungsfrage“, verkündete er, „darf und soll am Ende der Verhandlungen die Verwirklichung einer Pflegeversicherung, die diesen Namen auch verdient, nicht scheitern.“

Dahinter steckt: Die Länderchefs wollen die Kompensation nicht halbieren, wie der Graf argwöhnt. Sie wollen nur einen anderen Ausgleich. Sie richten sich gegen den Widerstand ihrer Gewerkschaftsfreunde darauf ein, als Ersatz für die Karenztage zwei bezahlte Feiertage zu streichen.

Noch ist offen, welche Festtage das sein könnten. Den Ländern wäre es am liebsten, wenn jede Provinz mit Rücksicht auf landsmannschaftliche Bräuche einen entbehrlichen Frei-Tag auswählen würde. Der zweite soll ein Bundesfeiertag sein.

Das ist gegen Helmut Kohl gerichtet. Der Bund kann nur über zwei Feiertage entscheiden, den 1. Mai und den 3. Oktober. Den neuen Tag der Einheit halten die SPD-Länder für entbehrlich, der nationalbewußte und feierfreudige Pfälzer Kohl aber will unbedingt daran festhalten. Die Pflegeversicherung wird, ist

sie erst einmal im Gesetzgebungsverfahren, solchem Geplänkel zwischen Bund und Ländern nicht mehr zum Opfer fallen. Dann ist der politische Druck zu groß, die Wahlen sind zu nah für eine solche Blamage.

Das fürchtet auch Lambsdorff. Deshalb leistete er vergangene Woche noch verstärkten Widerstand und beschuldigte den Arbeitsminister, mit falschen Zahlen zu operieren.

Blüm witterte die Absicht und schrieb kühl zurück: „Ich bitte Sie, zur politischen Sachentscheidung zurückzukehren.“

In puncto Pflege ging es Lambsdorff freilich noch nie um die Sache.

Parteien

Lebende Leichen

Mit Tricks versuchen CDU und FDP, sich das Vermögen ihrer Blockpartner aus DDR-Zeit zu sichern.

An Deutschlands Osten hat Helmut Kohl derzeit wenig Freude. Die Lage in den neuen Ländern ist mehr als ernst, die der ostdeutschen CDU nicht minder. Und diese Woche bringt der Briefträger ein neues Problem ins Kanzleramt.

Der blaue Brief kommt von der Unabhängigen Kommission zur Überprüfung des DDR-Parteivermögens, die einen bösen Verdacht hegt. Die westdeutsche CDU verzichtete nach dem Zusammenschluß mit den DDR-Blockparteien CDU und Demokratische Bauernpartei (DBD) zwar generös auf deren Vermögen, doch das Bar-Erbe in den Parteikassen – immerhin 26,01 Millionen



Künftiger LDPD-Chef Ortleb: Zombie vom Amtsgericht

West-Mark – strich sie ein. Und: Bei der Fusion von CDU und DBD im Sommer 1990 wurde gegen geltendes DDR-Recht verstoßen. Die ganze Aktion ist damit unwirksam.

Dabei hatte sich die Union stets als Vorbild von den raffgierigen Konkurrenten absetzen wollen. Am 15. November 1990 gelobten Parteichef Kohl und sein damaliger Generalsekretär Volker Rühle beim Bonner Notar Karl Daniels unter der Urkundennummer K 1267/1990 feierlich Verzicht auf das Vermögen der gleichnamigen Blockflöten-



Künftiger NDPD-Chef Rauls
Notvorstand fürs Vermögen

partei aus dem Osten. Sie versprochen, „nichts unversucht zu lassen“, um das Ost-Vermögen an die Treuhand zu überführen.

Wann immer seither die SED-Nachfolgerin PDS oder Kohls Koalitionspartner FDP mit Treuhand und Kommission um DDR-Millionen ihrer Ost-Brüder feilschten, spielte die CDU den Saubermann. Der ungenierte Griff nach den alten Blockpartei-Immobilien, mahnte Rühle etwa die Liberalen, gefährde das Ansehen der gesamten Demokratie.

Was Rühle verschwieg: Auf das Bargeld der alten Blockpartei wollten die neuen Herren aus Bonn nicht verzichten. Das merkte die Treuhand erstmals, als sie Ende 1990 die Reste des christdemokratischen Ost-Vermögens beim ehemaligen Hauptvorstand in der Ost-Berliner Charlottenstraße übernahm. „Die Kassen“, erinnert sich ein Beamter, „waren leer.“ Die Christdemokraten hatten kurz vor Torschluß

kräftig ausgeteilt. Selbst der Nachwuchs von der „Christlich-Demokratischen Jugend/Union“ durfte sich noch schnell aus den Geldbeständen von 26 Millionen West-Mark bedienen. Die fünf Ost-Landesverbände gingen mit einem Polster von 4,9 Millionen in die deutsche Einheit, die Kreisverbände bunkerten stolze 6,4 Millionen West-Mark für die neue Zeit.

Der Rest von 14,322 Millionen Mark wanderte auf ein Extrakonto der Bonner CDU. Um die Abwicklung dieser Vermögensmasse, so versichert die Bonner CDU-Spitze scheinheilig, habe sie sich allein „aus politischer Verantwortung“ gekümmert.

Ein Geschäft war es auch. Ganze 1,9 Millionen waren von dem dicken Brocken am 30. September 1992 noch vorhanden, die übrigen Millionen in den fünf Ost-Landesverbänden locker für Parteiarbeit ausgegeben.

Ein eindeutiger Verstoß gegen den Einigungsvertrag. Danach können die Parteien nur solches Vermögen behalten, das nach Auffassung von Treuhand und Kommission rechtmäßig erworben wurde. Wieviel von den 26 Millionen aber zu SED-Zeiten unrechtmäßig auf die Konten der Blockpartei ging, hat noch niemand festgestellt.

Noch problematischer könnte werden, daß die Parteimanager der CDU im Vereinigungstaumel gefuscht haben. Die Fusion der Ost-CDU mit der Ex-Blockpartei DBD ist ungültig, weil sie gegen das damalige DDR-Parteiengesetz verstieß. Das forderte für solche Zusammenschlüsse die Entscheidung ei-

nes Parteitages oder einer Mitgliederversammlung.

Die vom SED-Regime geschulten Blockparteispitzen störte das nicht: Die Fusion wurde lediglich von den Berliner Vorständen beschlossen.

Der Fehler kostet die CDU viel Geld. Wenn die DBD nicht der CDU beigetreten ist, ist ihr Vermögen auch nicht CDU-Vermögen geworden. Und die „SED auf dem Lande“ (DDR-Jargon) war reich: Allein im dritten Quartal 1990 kassierte die DBD 4,9 Millionen West-Mark.

Da könnte der CDU nur noch ein komplizierter Trick helfen: Da die Fusion mit der Ost-CDU mißglückte, habe – so behaupten Juristen – die DBD weiterexistiert, wenn auch als leere, handlungsunfähige Parteileiche. Die ließe sich wachküssen, wenn das zuständige Amtsgericht einen „Notvorstand“ bestellt. Der könnte dann pflichtgemäß den verpatzten Beitritt zur Union erneut erklären.

Das klingt aberwitzig und fern jeder Realität – ist es aber nicht. Die FDP hat derzeit gute Chancen, auf diesem verschlungenen Weg zumindest an einen Teil des Blockpartei-Vermögens von NDPD und Ost-Liberalen (LDPD, später BFD) zu kommen. Deren Fusionen untereinander und mit der West-FDP sind wegen derselben Verstöße gegen das DDR-Parteiengesetz ungültig (SPIEGEL 37/1992). Treuhand und Kommission wiesen deshalb alle FDP-Ansprüche auf Ost-Vermögen ab.

Nach einem Spitzengespräch zwischen FDP-Chef Otto Graf Lambsdorff



FDP-Geschäftsstelle im Osten Berlins: Rechtmäßig erworbenes Vermögen?

und Treuhand-Vorstand Klaus-Peter Wild gaben die Treuhänder jetzt nach. Er sehe, schrieb Wild am 13. Mai dem Kommissionsvorsitzenden Hans-Jürgen Papier, einen Weg, „daß sich die Forderung der FDP, das rechtmäßig erworbene Vermögen der NDPD und LDPD zur Verfügung gestellt zu erhalten, nach wie vor erfüllen läßt“.

Einen Tag später beantragte die Treuhand beim Amtsgericht Charlottenburg, Notvorstände für NDPD und LDPD einzusetzen. Die Kandidaten dafür sind ausgemacht: Der Bonner Bildungsminister Rainer Ortleb soll noch einmal LDPD-Chef werden, Wolfgang Rauls, Umweltminister in Sachsen-Anhalt, die NDPD übernehmen.

Fast drei Jahre nach Untergang der DDR kann nun manch alte Blockpartei wieder auferstehen. Einziger Zweck dieser Parteizombies: Die westdeutschen Partner sollen mit Ostvermögen reich gemacht werden – diesmal rechtlich einwandfrei.

Medien

Mal klagen

Medienwächter kritisieren, daß Großverlage immer ungenierter für ihre eigenen Privatsender Schleichwerbung machen.

Friedrich Nowotny, 64, sah sich von *Bild* zensiert. Ein Artikel des WDR-Intendanten im Massenblatt des Axel Springer Verlags wurde, entgegen der Absprache, an wichtiger Stelle gekürzt.

In der veröffentlichten Fassung fehlte eine Generalanklage des Funkhauschefs: „Mediengiganten wie Bertelsmann, Springer und Kirch nutzen ihre Zeitungen und Zeitschriften, um ARD und ZDF schlechtzuschreiben.“ Eine „laufende *Bild*-Kampagne“ gegen öffentlich-rechtliche Sender hat Nowotny geortet: „Ich dachte, diese Art der Auseinandersetzung sei vorbei.“

Auch der Berliner Hans Hege, 46, oberster Medienwächter der Republik, fühlte sich von der Springer-Presse vorgeführt. In der *Welt* las der Chef der Direktorenkonferenz der Landesmedienanstalten verwundert, er habe ausgerechnet bei seinem Hauptwidersacher Leo Kirch, dem Springer-Großaktionär und Filmgrossisten, heimlich um Hilfe für das Berliner Regional-TV nachgesehen. Hege klagte eine Gegendarstellung ein und ortet „koordinierten Mißbrauch von Meinungsmacht“.

Die Welt der Medien in Unordnung: Die publizistische Gewaltenteilung gerät in Schieflage, weil Verlage in ihren Blättern ungeniert Partei für eigene Rundfunkinteressen ergreifen.



Medienwächter Hege: „Koordinierter Mißbrauch von Meinungsmacht“



Springer-Großaktionär Kirch
Aktionen mit *Welt* und *Bild*

Die Verflechtung zwischen Presse und Privatfunk, im Fachjargon „Cross-ownership“, ruft Intendanten, Verbände, Politiker und Juristen auf den Plan. „Fern jeder demokratischen Kontrolle, eher einer Bananenrepublik angemessen“, sieht ARD-Chef Jobst Plog, 52, die private Medienmacht in Deutschland.

In den USA ist es Tageszeitungsverlegern untersagt, in ihrer Region zugleich einen Radio- oder TV-Sender zu betreiben. Hierzulande jedoch funken Pressekonzerne tüchtig mit: Zum Beispiel Springer bei Sat 1 und Deutschem Sportfernsehen (DSF); der Bauer-Verlag (Bravo-TV) bei RTL 2, Bertelsmann (*Stern*) bei den zwei RTL-Sendern, Premiere und Vox, das auch von Publikationen wie *SPIEGEL*, *Zeit* und *Süddeutsche Zeitung* (SZ) beliefert wird.

Die Verleger bekamen von den Politikern Verfügungs-gewalt über elektronische Medien zugeschoben, um drohenden Werbeverluste ausgleichen zu können. Nun müssen sie sehen, daß sich die teure Großinvestition wirklich lohnt. Mit viel Geld will der Springer-Kirch-Sender Sat 1 den Abstand zum Spitzentrio RTL, ZDF und ARD verkürzen. 700 Millionen Mark kosteten allein die TV-Rechte an der Fußball-Bundesliga.

Im Wettbewerb um die höchsten Einschaltquoten soll schon mal interne Schleichwerbung helfen – auch wenn das stets dementiert wird. Die Medienverbünde, für den Durchschnittsleser kaum erkennbar, wirken sogar in Programmhinweisen seriöser Zeitungen.

So stopft die *Frankfurter Allgemeine*, an RTL 2 beteiligt, Konkurrenzsender in eine Kurzrubrik „Privatfernsehen (in Auswahl)“, während sie das RTL-2-Abendprogramm komplett abdruckt. Die *Süddeutsche* kündigt den Kanal Vox, der ihr zu einem Fünftel gehört, so groß an wie RTL und Sat 1, obwohl der Publikumerfolg nur einen Bruchteil ausmacht.

Multimedial lassen sich sogar Personalprobleme lösen. So enthüllte ein SZ-Artikelchen mitten in einem Machtkampf an der Vox-Spitze, daß Programmchef Ruprecht Eser aufgibt – laut Eser eine aus dem Gesellschafterkreis lancierte Meldung. Anders als die meisten Zeitungen brachte die SZ danach keinen Beitrag über die Hintergründe. „Je mehr Sender auf den Markt kommen,